

Berliner Erklärung
„Pflege von morgen braucht eine starke
Gemeinschaft“

2. Sozialkonferenz der AWO
am 16. Dezember 2011 in Berlin



Bundesverband e. V.

I Die Lage

Die Zahl älterer und vor allem hoch altriger Menschen nimmt stetig zu. Damit stehen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zweifellos vor neuen großen Herausforderungen. Die Frage nach der Zukunft von Pflege in Deutschland erhält in diesem Zusammenhang ebenfalls eine ganz neue Bedeutung. Ist etwa die Pflege durch Angehörige künftig noch möglich? Welche Angebote der stationären und ambulanten Altenhilfe müssen bereitgehalten werden, wenn private Pflegearrangements an ihre Grenzen stoßen – auch und vor allem angesichts der rasch wachsenden Zahl von Demenzkranken?

I Der Anspruch

Für das Selbstverständnis der AWO war und ist Hilfe für alte Menschen schon immer eine ganz wesentliche Aufgabe. Umso wichtiger ist es, als Wohlfahrtsverband für sich selbst die Frage zu beantworten, wie künftige Dienstleistungsangebote und eine bedarfsorientierte Personal- und Organisationsentwicklung auszusehen hat. Klar wird immer sein: Die AWO bleibt ein Garant für qualitativ hochwertige Pflegedienstleistungen.

Im Alter besteht ein erhöhtes Risiko der Zunahme psychischer, seelischer, körperlicher, sozialer und ökonomischer Problemlagen. Dies, und die je individuelle Lebensgeschichte und -situation der Personen sind bei der Bereitstellung von Angeboten mitzudenken. Umso notwendiger wird es sein, mit anderen Berufsgruppen teamorientiert – möglicherweise auch trägerübergreifend – abgestimmte und differenzierte Angebotspaletten zu entwickeln. Dies erfordert eine enge Kooperation, Koordination und Kommunikation mit den verschiedenen Akteuren vor Ort, im Stadtteil und im Quartier. Die AWO wird hierbei immer im Sinne des Case-Managements agieren, anwaltschaftlich und in enger Absprache mit den Betroffenen. Ziel ist die Stärkung der Selbstbestimmung des einzelnen Menschen.

Aktuell gibt es bereits einen akuten Mangel an Fachkräften. Deshalb muss der Pflegeberuf attraktiver werden. Kurzum: Die AWO selbst muss ein noch attraktiverer Arbeitgeber für Fachkräfte in der Altenhilfe werden und Methoden zur Gewinnung und Bindung von Pflegepersonal entwickeln. Den Pflegeberuf für den Nachwuchs interessant und attraktiv zu machen ist eine Sache. Es ist aber ebenfalls unabdingbar, die vorhandenen Mitarbeiter/-innen in die Lage zu versetzen, möglichst lange gesund, leistungsfähig und zufrieden in ihrem Beruf tätig sein zu können. Der Abbau von Arbeitsüberlastung, das Ermöglichen einer guten Versorgungsqualität und mehr Zeit für die zwischenmenschliche Begegnung mit den anvertrauten Menschen machen eine bessere Personalbesetzung zwingend erforderlich.

So kann eine deutliche Attraktivitätssteigerung für den Pflegeberuf erreicht werden.

Den Pflegeberuf zu ergreifen ist verbunden mit dem Wunsch, den Menschen eine gute Pflege und zugewandte Unterstützung zuteil werden zu lassen. Erfahren Pflegekräfte jedoch dauerhaft eine Diskrepanz zwischen ihrem beruflichen Selbstverständnis und der täglichen Praxis, der sie möglicherweise hilflos gegenüberstehen, dann setzt das bei vielen eine Kette aus Unzufriedenheit, Frustration und Erkrankung in Gang, und kann letztendlich auch zum Berufsausstieg führen.

I Die Forderungen

Die Bürgerversicherung muss kommen

Zur Stärkung der Finanzierungsbasis des sozialen Sicherungssystems, sind hohe Einkommen und Vermögen verstärkt in die Beitragspflicht einzubeziehen. Gemäß den verfassungsrechtlichen Vorgaben muss darüber hinaus schnellstmöglich eine Bürgerversicherung eingeführt werden, die auch Selbstständige, Beamte und Politiker/-innen einbezieht, um die Solidargemeinschaft zu stärken.

Zeit für Pflege

Pflegekräfte brauchen mehr Zeit für eine menschwürdige Pflege in der ambulanten wie stationären Versorgung. Zeit für gute Pflege setzt voraus, dass die Personalbesetzung dem tatsächlichen Pflegebedarf in qualitativer wie in quantitativer Hinsicht entspricht. Die Personalausstattung muss sich dazu am ermittelten Pflegebedarf der Pflegebedürftigen orientieren und nicht an willkürlich in Rahmenverträgen festgelegten Anhalts-Zahlen. Eine ausreichende, am Bedarf orientierte Personalausstattung muss dann auch durch die Kostenträger finanziert werden.

Versorgungsstrukturen vernetzen

Die Begleitung, Unterstützung und Pflege von Menschen mit Pflegebedarf erfordert ein Gesamtkonzept der wohnortnahen kleinteiligen Gestaltung von Versorgung und Hilfe. Der Aufbau und die Ausgestaltung einer vernetzten Struktur erfordern Koordination und Kooperation auf regionaler bzw. lokaler Ebene. Nur so können Fehl-, Über- oder Unterversorgung und qualitative Versorgungsdefizite aufgrund ungelöster Schnittstellenprobleme vermieden sowie Eigenverantwortung und Solidarität der Menschen vor Ort gestärkt werden. Daher ist es notwendig, die Entwicklung zu vernetzten Versorgungssystemen und Verbundeinrichtungen in der Altenhilfe/-pflege fortzusetzen.

Pflegende Angehörige spürbar unterstützen

Die AWO fordert die Situation für alle pflegenden Angehörigen zeitnah zu verbessern. Dazu braucht es einen selbstbestimmten Anspruch auf Beratung, kurzfristige Freistellungsmöglichkeiten ohne Lohnverlust und einen Anspruch auf stationäre Vorsorge- und Rehabilitationsleistungen, um die eigene Gesundheit zu erhalten. Arbeitnehmer/-innen sollte Zeit gewährt werden, die sie benötigen, um ihre Pflegeverantwortung wahrnehmen zu können. Die AWO tritt dafür ein, pflegenden Angehörigen jene gesellschaftliche Anerkennung entgegenzubringen, die sie verdienen. Dies schließt verbesserte Leistungsansprüche auch im Bereich der häuslichen Krankenpflege ausdrücklich mit ein. Letzteres sollte durch eine Anpassung des Leistungsrechts, eine Aktualisierung der Richtlinien in der Häuslichen Krankenpflege, eine Kompetenzerweiterung der Pflegefachkräfte, adäquate Vergütungsstrukturen und eine Ausweitung des Leistungshaushalts der Krankenkassen in diesem Bereich erreicht werden.

Engagement besser versichern

Deutlich verbessert werden muss auch die Einbeziehung der gesellschaftlich erwünschten Phasen der Nichterwerbstätigkeit für die Kindererziehung, die Angehörigenpflege und für die eigene Weiterbildung. Angesichts unserer alternden Gesellschaft benötigen wir einen deutlichen Ausbau von sozialrechtlichen Leistungen für solche Phasen der Nichterwerbstätigkeit. So müssen etwa Pflegepersonen besser gestellt werden. Die für sie entrichteten Beiträge zur Sozialversicherung müssen deutlich angehoben werden, damit pflegebedingte Berufsunterbrechungen langfristig nicht zu einem Armutsrisiko werden. Darüber hinaus sollen auch Phasen der beruflichen Qualifizierung eine entsprechende Anerkennung erhalten.

Pflegebedürftigkeit ist der Gradmesser

Die AWO fordert bei der Reform des Pflegebedürftigkeitsbegriffes die Politik zur Umsetzung der Beiratsvorschläge auf, in denen die Leistungssätze neu definiert und an die Punktwerte des neuen Begutachtungsverfahrens angepasst werden. Damit wird der Grad der Pflegebedürftigkeit bzw. die Beeinträchtigung der Selbstständigkeit zum direkten Bezugspunkt für die Leistungshöhe. Keiner darf durch die Einführung des neuen Begriffs im Verhältnis zu seinem heutigen Leistungsanspruch benachteiligt werden. Die Frage der Kostenneutralität darf hierbei nicht im Vordergrund stehen.

Eine Investition in die Zukunft

Die Pflegeausbildung muss reformiert werden. Dafür sind umfassende Investitionen in die Pflegebildung zur qualitativen und quantitativen Sicherstellung der professionellen pflegerischen Versorgung der Bevölkerung erforderlich. Grundlage von attraktiven Bildungs- und Berufskonzepten im Ausbildungsbereich sind darüber hinaus eine ausreichende und klar geregelte Finanzierung der Ausbildungskosten und der Ausbildungsvergütungen.

I Das Fazit

Alten Menschen muss gesellschaftliche Teilhabe, Integration und Selbstbestimmung möglich sein. Dies ist von enormer Bedeutung für den Erhalt von Lebensqualität im Alter. Dabei müssen niedrighschwellige Angebote auf die vielfältigen Bedürfnisse alter Menschen reagieren.

Das solidarische Einstehen aller Gesellschaftsmitglieder für diejenigen, die alleine nicht mehr zurechtkommen, ist der uns leitende Gedanke für die Sicherung der Zukunftsfähigkeit von Altenhilfe, Pflege und der Pflegeversicherung. Insbesondere im letzten Lebensabschnitt sind die solidarische Gemeinschaft und das persönliche Engagement jedes Einzelnen ein ganz wichtiger Baustein zur Stärkung des Zusammenhalts und der Teilhabemöglichkeiten an der Gesellschaft. Hierfür tritt die AWO ein und richtet ihre Angebote künftig noch mehr darauf aus.

awo.org

AWO Bundesverband e.V.
Heinrich-Albertz-Haus
Blücherstraße 62/63
10961 Berlin

Telefon: +49(0)30-26309-0
Telefax : +49(0)30-26309-32599
E-Mail: info@awo.org
Internet: www.awo.org

Verantwortlich: Wolfgang Stadler, Vorsitzender des Vorstandes

© AWO Bundesverband e.V.
Dezember 2011

Abdruck, auch in Auszügen, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers.
Alle Rechte vorbehalten.

